

Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans im Rheingau-Taunus-Kreis

Antrag:

Die SPD-Ortsvereine im Rheingau-Taunus-Kreis werden dazu aufgefordert, mit Auslaufen der Erprobungsphase des Bildungs- und Erziehungsplans (BEP) in den Gemeinden dafür zu werben, insbesondere über die Gemeindevertretungen und das Bürgermeisteramt, den Bildungs- und Erziehungsplan in den Einrichtungen der elementaren Bildung umzusetzen. Denn gute und fundierte Bildung muss so früh wie möglich angeboten werden, um den Kindern die Chance auf eine gesicherte Zukunft zu ermöglichen.

Dabei ist der SPD klar, dass die Kindertageseinrichtungen aus eigenen Mitteln diese Umsetzung realisieren müssen, da die CDU-Landesregierung der Verantwortung des Landes in finanzieller Hinsicht in keiner Weise nachkommt. Die SPD-Ortsvereine sollen darauf offensiv hinweisen und auch darauf, dass eine SPD-geführte Landesregierung zu ihrer Verantwortung stehen wird.

Begründung:

Trotz aller handwerklichen Mängel seitens der Landesregierung stellt der BEP grundsätzlich einen zeitgemäßen und notwendigen Schritt in die richtige Richtung dar. Die Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen stellt konzeptionell eine gute Antwort auf die zunehmend an Bedeutung gewinnende Frage frühkindlichen Lernens dar. Die Möglichkeit der möglichst frühzeitigen Bildungsentwicklung, unabhängig vom Elternhaus und der sozialen Herkunft, ist eine ur-sozialdemokratische Forderung und wird derzeit als Lösungsansatz der sog. "Bildungsmisere" (u.a. PISA) angesehen.

Da es den Kommunen jedoch finanziell nicht möglich und den gebührenpflichtigen Eltern nicht zumutbar ist, die für die abgestimmte Zusammenarbeit und Begleitung notwendigen zusätzlichen Personalmittel aufzubringen, muss hierbei im Rahmen der Verhandlungen zwischen Kommunen und Land zuletzt genanntes dazu bewegt werden, sich insbesondere mit Blick auf das Konnexitätsprinzip in angemessener Weise an den entstehenden Mehrkosten zu beteiligen. Anderenfalls läuft der an sich konzeptionell richtige Ansatz Gefahr, aus kommunal-haushaltspolitischen Gründen in vielen Kommunen zu scheitern; wobei die Leidtragenden dann die Kinder, also die kommende(n) Generation(en) wäre.